

machen“ verlacht oder, wo ernstlich gemeint, stolz verachtet hätten? Aber schon der Verdacht des Gegentheils ist schlimm für die ganze Versammlung, für die moralische Höhe ihrer Beschlüsse, und diesen Verdacht hat das Land, durch die Presse und durch Schriften, schon bedeutend genug ausgesprochen.

Ich behaupte also auch, es waren Gründe, triftige Gründe zur Verlegung vorhanden — Gründe, die notorisch landkundig waren.

Nur ihr Gewicht hätte noch die Frage zu bestehen. Aber sollte darüber ein Verfahren in contradictorio eröffnet werden? Und wer sollte dann entscheiden — der Richter darüber sein?

Die Versammlung selbst, in dem nach der Publication der Regierung zurückgebliebenen Theile hat sich zu solchem Richter aufgeworfen, zum Richter über eine Frage, die nicht vor ihr Forum gehörte — sie hat die Heiligkeit ihrer Sendung und ihre Bestimmung durch und durch verkannt, und darum sage ich mich los von ihr, von den Beschlüssen, die sie in ungesetzlicher Fortführung ihrer Sitzungen gefaßt hat. Nicht das Parlament hat seitdem getagt, sondern 254 oder 240 Individuen in loser, unautorisirter Versammlung.

Wird dieses Parlament nicht auch für einen Hochverräter erklären?

Aber noch eine Frage:

Kann denn die Verfassung in Brandenburg nicht wirklich recht gut zu Stande gebracht werden?

Und kommt es nicht hierauf eben dem Lande an? — War der Zweifel über die Verlegungs-Berechtigung der Regierung so ungeheuer wichtig und erheblich, daß man darüber, aber den Ort der Berathung, offenen entschiedenen Krieg anfangen mußte — nominell gegen die Regierung — **aber der Sache nach gegen das Königthum?**

Geschrieben, während meiner Krankheit, 9/12. November 1848.

Mintelen,

bis dahin Deputirter des Kreises Meschede.

Berlin den 16. November. Zur Charakteristik der gestern erfolgten Ernennung des Abg. Mintelen zum Justiz-Minister wird es hinreichen anzuführen, daß dieser Abgeordnete selbst zu den 25 Mitgliedern der Deputation gehörte, welche sich am 2. d. Mts. nach Potsdam zum Könige begab, um feierlich gegen die Bildung eines Ministeriums Brandenburg zu protestiren. Herr Mintelen befindet sich also in dem Falle, **in ein Ministerium eingetreten zu sein, für welches er selbst das Mißtrauensvotum vorher mit ausgearbeitet, votirt und überbracht hatte.**

(Allg. Oberzeitung.)

Ein juristisches Gutachten gegen den 2c. Mintelen.

Der jetzige Herr Justizminister Mintelen hat in dem Staats-Anzeiger vom 16. d. M. seine Erklärung als Abgeordneter abdrucken lassen, welche in der That so eigenthümlich gehalten ist, daß eine Erwiderung, wenigstens auf einzelne Stellen dieser, in der Krankheit ausgearbeiteten Schrift nicht fehlen darf. Reich an Gedankenstrichen, arm an Gedanken, dies ist die allgemeine Bezeichnung, mit welcher ein solches Schriftstück gewürdigt werden kann. Man hätte zur Ehre der Jurisprudenz als Wissenschaft wohl vor allen Dingen erwarten können, daß ein Justizminister in wirklich juristischer Rede und mit klarer Deduction aus den Gesetzen seine Meinung zu recht fertigen wisse.

1) Herr Mintelen beginnt damit, daß es in den Befugnissen des Königs gelegen habe, die Nationalversammlung nach einer beliebigen Stadt zu berufen, — dies sei unzweifelhaft, weil solches eine „weltliche, lokale, ökonomische Angelegenheit“ sei. Schon dieser Vordersatz des Hrn. Mintelen ist grundfalsch. Der König hatte ein solches Recht, wenn er überhaupt die Verheißungen v. 22. März d. J. treu bleiben wollte, keineswegs. Wenn überhaupt eine Nationalversammlung zur Vereinbarung der neuen Staatseinrichtung denkbar war, so mußte auch von Anfang an auf einen bestimmten Erfüllungsort gedacht sein. Dieser wurde als sich von selbst verstehend in Berlin vorausgesetzt. Da dies die erste, königliche Residenz und der Sitz der Ministrien ist. Der König aber hat auch noch außerdem durch den Erlass vom 13. Mai d. J. (Staats-Anzeiger vom 14. Mai d. J.) die Versammlung nach Berlin berufen, und er hat dort die Versammlung selbst eröffnet. Hierin liegt der vollständige Beweis eines Anerkenntnisses, daß kein anderer Ort, als Berlin, als Erfüllungsort gemeint gewesen ist, und zwar nicht provisorisch, sondern definitiv. Wäre ein Provisorium damals beabsichtigt worden, so hätte dieses nach den Regeln aller Vorträge ausgedrückt werden müssen, da

die Wechselung von Erfüllungsorten nach dem Belieben eines Contrahenten dem Begriffe eines Vertrages widerspricht.

Ist der Erfüllungsort durch Vertrag bestimmt, so bewendet es dabei. § 247. I. 5. A. L. R. anderenfalls muß nach der Natur des Geschäfts und der deutlich erhellenden Absicht der Contrahenten gefragt werden. (Ebendaselbst.) Die Absicht konnte damals nur auf Berlin als Erfüllungsort gerichtet sein, weil die Umstände, namentlich die Residenz der